



Wien, am 6.07.2009

Konjunkturbelebende Maßnahmen der österreichischen Bundesregierung und der Bundesländer – Abschätzung der volkswirtschaftlichen Effekte

Als kleine offene Volkswirtschaft wird Österreich von der Weltrezession schwer getroffen. In der Juni-Prognose rechnet das IHS mit einem Rückgang der Wirtschaftsleistung in Österreich um 4¼ % im Jahresdurchschnitt 2009. Als Reaktion auf die Wirtschaftskrise hat die österreichische Bundesregierung zwei Konjunkturpakete und das Vorziehen der Steuerreform beschlossen. Durch diese konjunkturpolitischen Maßnahmen sollen die Kaufkraft und die Nachfrage in den Jahren 2009 und 2010 belebt und ein Beitrag zum Europäischen Programm zur Konjunkturbelebung geleistet werden. Neben dem Bund haben auch die Länder eine Reihe von konjunkturpolitischen Aktionen gesetzt. Insgesamt umfassen die betrachteten Maßnahmen der Konjunkturpakete ein Volumen von knapp 12 Mrd. Euro in den Jahren 2009 und 2010. Stellt man die Maßnahmen des Bundes im Vergleich mit anderen Mitgliedstaaten des OECD-Raums dar, zeigt sich, dass Österreich im internationalen Vergleich ein relativ hohes Ausmaß an konjunkturstabilisierenden Maßnahmen gesetzt hat.

Im folgenden werden die makroökonomischen Auswirkungen der Konjunkturpakete und der vorgezogenen Steuerreform mit Hilfe des IHS-Makromodells LIMA abgeschätzt. Wie in der internationalen Literatur üblich, werden die Effekte als Abweichungen von einer Basislösung (Juni-Prognose des IHS) dargestellt. Mit sämtlichen Konjunkturbelebungsmaßnahmen des Bundes und der Bundesländer ist das reale BIP im Jahr 2009 um 1 % und im Jahr 2010 um 1,2 % höher, als es ohne diese Maßnahmen zu erwarten wäre. Dabei entfallen 0,7 % (2009) bzw. 0,9 % (2010) auf die Maßnahmen der Bundesregierung. Die Beschäftigung ist im Jahr 2009 um 15.000 Personen höher. Im Jahr 2010 liegt das Beschäftigungsniveau um 21.300 Personen über dem Wert der Basislösung, was in einer Reduktion der Arbeitslosenquote um einen halben Prozentpunkt resultiert. Der Budgetsaldo verschlechtert sich um 1,1 % des nominellen BIP. In Hinblick auf die makroökonomischen Aggregate liegen im Jahr 2010 die Ausrüstungsinvestitionen um 2,7 %, die Bauinvestitionen um 6,8 % und der private Konsum um 1,4 % über den Werten der Basislösung. Die Importe steigen um 1,3 %. Dies verdeutlicht, dass aufgrund der weitreichenden internationalen Handelsverflechtungen auch das Ausland in erheblichem Umfang von im Inland gesetzten Maßnahmen profitiert. Dies spricht für ein international koordiniertes Vorgehen bei der Implementierung von Konjunkturpaketen. Die Inflationsrate steigt marginal um 0,1 Prozentpunkte, und das nominelle BIP erhöht sich um knapp 1,5 %.

Die konjunkturpolitischen Maßnahmen des Bundes setzen sich aus Maßnahmen zur Stärkung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte (insbesondere Steuerreform), öffentlichen Infrastrukturinvestitionen sowie Maßnahmen zur Senkung der Finanzierungskosten und zur Stärkung der Eigenkapitalbasis der Unternehmen zusammen. Betrachtet man diese im Einzelnen, zeigt sich, dass von den Maßnahmen zur Stärkung der verfügbaren Einkommen (Steuerreform) die größten gesamtwirtschaftlichen Wirkungen ausgehen. In den Jahren 2009 und 2010 ist das reale Bruttoinlandsprodukt um 0,35 % bzw. 0,5 % höher, als es ohne die Maßnahmen der Fall

wäre. Im Jahr 2009 übersteigt die Zahl der Beschäftigten die Basislösung um 5.850 Personen. Im Jahr 2010 steigt der Effekt auf rund 9.200 Beschäftigte, und die Arbeitslosenquote sinkt um knapp einen viertel Prozentpunkt. Die Inflationsrate bleibt praktisch unverändert. Mit den Infrastrukturinvestitionen von ÖBB und ASFINAG sowie den zusätzlichen Investitionen der Bundesimmobiliengesellschaft BIG kann das reale BIP in den Jahren 2009 und 2010 um jeweils knapp ¼ % gesteigert werden. Die Beschäftigung liegt um 3.800 (2009) bzw. 4.700 Personen (2010) über dem Niveau der Basislösung. Die Senkung der Finanzierungskosten über verbesserte Abschreibungsbedingungen, ausgeweitete Haftungen, zinsgünstige Kredite sowie eine Stärkung der Eigenkapitalbasis mittels stiller Beteiligungen zieht nur geringe mit dem gesamtwirtschaftlichen Modell abbildbare Wirkungen nach sich. Das reale Bruttoinlandsprodukt steigt in beiden Jahren um knapp 0,1 %. Werden die gesamtwirtschaftlichen Maßnahmen zu den Volumina der einzelnen Maßnahmen in Beziehung gesetzt, zeigt sich, dass mit den Infrastrukturinvestitionen die größten Multiplikatoreffekte erzielt werden können. Dies liegt daran, dass diese Ausgaben unmittelbar dem Wirtschaftskreislauf zufließen, während im Fall der Steuerentlastung die privaten Haushalte einen Teil des zusätzlichen Einkommens sparen. Zudem ist der Importgehalt des privaten Konsums höher als jener von Bauinvestitionen.

Neben den kurzfristigen konjunkturellen Wirkungen gehen von Steuerreformen auch längerfristige Impulse aus. Die mittel- bis längerfristigen Effekte der Steuerreformen wurden mit TaxLab, einem vom IHS entwickelten allgemeinen dynamischen Gleichgewichtsmodell, untersucht. Die Senkung der Abgabenbelastung durch die Tarifreform und das Familienpaket führt zu einer deutlichen Erhöhung der Nettolöhne, die langfristig um 1,8 % steigen. Durch die bessere Wettbewerbsfähigkeit aufgrund der etwas geringeren Lohnkosten sowie das steigende Arbeitsangebot aufgrund der höheren Nettolöhne steigt die Beschäftigung um knapp 0,9 %, wovon Arbeitnehmer mit geringen Qualifikationen überdurchschnittlich profitieren. Die Arbeitslosenquote geht um 0,4 Prozentpunkte zurück, wiederum etwas stärker bei den gering qualifizierten Arbeitnehmern. Durch den höheren Arbeitseinsatz steigt die Kapitalproduktivität, weshalb die Investitionen der Unternehmen um 0,9 % steigen. Das BIP steigt mittelfristig (5 bis 10 Jahre) um 0,7 %, langfristig ebenfalls um 0,9 %. Der deutliche Anstieg der Nettolöhne und die höhere Beschäftigung bewirken einen deutlichen Anstieg der verfügbaren Einkommen der Haushalte, was in einem um 2,5 % höheren privaten Konsum resultiert.

Die verteilungspolitischen Konsequenzen der Steuerreform (Tarifreform und Familienpaket) wurden anhand des Mikrosimulationsmodells ITABENA analysiert. Die Tarifreform führt – mit Ausnahme der untersten Einkommensgruppen, die generell wenig Lohneinkommen aufweisen – zu einer gleichmäßigen Erhöhung der verfügbaren Haushaltseinkommen zwischen 1,8 und 2,5 %. Von den familienpolitischen Maßnahmen entfällt der größte Teil der Mittel auf die unteren und mittleren Einkommensdezile, wobei Haushalte mit mittleren verfügbaren Haushaltseinkommen bis etwa 30.000,- Euro jährlich am stärksten profitieren.

Rückfragehinweis:

IHS, Stumpergasse 56, 1060 Wien, Fax: 01/59991-162, <http://www.ihs.ac.at>

Univ.-Prof. Dr. Bernhard Felderer, felderer@ihs.ac.at, Tel.: 01/59991-125

Dr. Ulrich Schuh, schuh@ihs.ac.at, Tel.: 01/59991-148

Tanja Gewis (Public Relations), gewis@ihs.ac.at, Tel.: 01/59991-122